

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.02.2022

Inhalt

EWN

1 Nur wenig Industrie <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 01.02.2022</i>	3
2 Atomenergie: Alternative oder Geldvernichtungsmaschine? <i>br.de, 01.02.2022</i>	5
3 Wohl kein tschechisches Atommüll-Endlager vor 2065 <i>puls24.at, 01.02.2022</i>	7
4 Verstimmung über AKW-Pläne für Fessenheim <i>Die Oberbadische Lörrach Stadt, 01.02.2022</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 01.02.2022 | S. 11

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Virginie Wolfram

WIRTSCHAFT

Nur wenig Industrie

Viele mittelständische Unternehmen, kaum Großkonzerne - kleinteilige Branchenstruktur bedeutet für Arbeitnehmer im Nordosten im Schnitt deutlich geringeren Lohn

Mecklenburg-Vorpommern wird seine rote Laterne in Sachen Lohn nicht los. Wieder sind die Beschäftigten des Bundeslandes in der Bilanz 2021 auf dem letzten Platz des Gehaltsrankings gelandet. Woran liegt das? Torsten Haasch sieht die Hauptursache für die niedrigen Löhne und Gehälter in der kleinteiligen Branchenstruktur im Nordosten. Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern sagt: „Es gibt im Land zu wenig Industrie mit Arbeitsplätzen, an denen eine hohe Wertschöpfung erzielt wird.“

Wie sehr die Größe eines Unternehmens wiederum mit der Bezahlung zusammenhängt, lässt sich auch an der Statistik erkennen. Firmen mit bis zu 100 Mitarbeitern bieten laut Gehaltsatlas 2021 einen durchschnittlichen Lohn von rund 37 000 Euro an, während der Wert bei Arbeitgebern mit mehr als 1000 Angestellten bei über 59 000 Euro liegt - mehr als 20 000 Euro höher! Ein Kfz-Mechatroniker, der im VW-Werk arbeitet, hat also ein deutlich besseres Einkommen als in einem mittelständischen Werkstattbetrieb mit 15 Angestellten.

Große, gut laufende Unternehmen können in der Regel durch die höheren Umsätze und Gewinne mehr Geld zahlen als kleine Firmen, die sich hohe Gehälter nicht immer leisten können. Damit sich auch in MV mehr Industrie ansiedelt, die höher bezahlte Jobs verspricht, feilen die drei Industrie- und Handelskammern an einem Konzept. Gemeinsam mit der Landesregierung werde das „industriepolitische Konzept MV 2030“ erarbeitet, das darauf abzielt, das Land zu einem innovativen Wirtschaftsstandort mit gut bezahlten wissensbasierten Arbeitsplätzen zu entwickeln, sagt Torsten Haack.

Auch aus gewerkschaftlicher Sicht bedeutet die Kleinteiligkeit der Wirtschaft im Nordosten: Es gibt weniger Arbeitgeber, die sich an Tariflöhne binden oder halten.

„Viele Arbeitgeber haben null Interesse, die Löhne anzuheben, weil sie glauben, in MV lebt es sich ja kostengünstiger“, sagt Jörg Dahms, Geschäftsführer der Gewerkschaft NGG. Auch Verdi-Nord-Sprecher Frank Schischefsky betont: „Es spricht für die Arbeitnehmer eben vieles für Tarifverträge. Dort, wo es keine gibt, sind die Arbeitsbedingungen oft deutlich schlechter.“ Neben den unterschiedlichen Firmengrößen klappt allerdings auch eine große Kluft zwischen den verschiedenen Branchen, was das Lohnniveau betrifft. Wer in Mecklenburg-Vorpommern grundsätzlich auf einen höheren Lohn hoffen kann, arbeitet im Bereich Erziehung und Unterricht. Dort liegt der Bruttojahresverdienst bei 57 603 Euro, heißt es im Statistischen Jahrbuch 2021. Direkt dahinter folgt die Öffentliche Verwaltung (48 450 Euro) und das Gesundheits- und Sozialwesen (45 715 Euro). Immerhin machen die letztgenannten beiden Wirtschaftsbereiche rund ein Viertel der Jobs im Land aus.

Die Topverdiener unter den Berufen bundesweit sind übrigens wenig überraschend die Mediziner: Chefarzte sowie niedergelassene Ärzte können sich laut Gehaltsatlas 2021 über den meisten Lohn freuen. Der Jahresbruttoverdienst liegt im Schnitt bei 196 251 Euro. Ebenfalls vielversprechend bezahlt werden leitende Positionen im Vertrieb, Verkauf (rund 95 000 Euro) und IT-Bereich (88 000 Euro).

Grundsätzlich gilt: Akademische Berufe versprechen oft auch mehr Geld. Während ein Hochschulabsolvent rund 57 000 Euro verdient, kommt der Beschäftigte ohne Studienabschluss auf 37 800 Euro. Auch Personalverantwortung macht laut Statistik einen großen Unterschied in der Bezahlung aus: Für Führungskräfte liegt der Verdienst bundesweit bei 95 100 Euro im Schnitt, heißt es bei auf der Internetseite www.gehalt.de.

Auch beim Blick auf die 16 deutschen Landeshaupt-

städte findet sich Baden-Württemberg an erster Stelle wieder. Mit einem Durchschnittslohn von 54 000 Euro liegt Stuttgart vorn. Fast 20 000 Euro weniger gibt es hingegen in Schwerin (34 500 Euro).



br.de | 01.02.2022

Nicoletta Renz, Tobias Betz

WEBLINK

Atomenergie: Alternative oder Geldvernichtungsmaschine?

Die EU plant, Atomenergie als klimafreundliche grüne Technologie einzuordnen. Doch rechnet sich das überhaupt? Ökonomen warnen vor einem Kostenrisiko. Ist Atomkraft eine echte Alternative oder eine Geldvernichtungsmaschine?

Die Idee, Atomkraft zur klimafreundlichen Energiequelle zu deklarieren, hat die EU wiederbelebt. Doch das sei "grün getünchte Augenwischerei", sagt Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Sie hat zusammen mit einem Team internationaler Forscherinnen und Forscher der "Scientists for Future" (S4F) gezeigt, dass Untersuchungen, die Kernenergie als Technologie zur Emissionsminderung darstellen, Mängel aufweisen.

Atomkraft kaum versicherbar

Und dennoch hält sich die Behauptung, dass Unfälle extrem selten seien. Ben Wealer, Leitautor der Studie, hat das untersucht. Demnach habe es in jeder Dekade seit den 1970er-Jahren schwere Unfälle und eine Vielzahl kleiner Zwischenfälle geben. Und weiter heißt es: "Kernkraft ist derart risikobehaftet, dass Kernkraftwerke nirgendwo versichert werden können." Die Kosten der Katastrophen von Fukushima oder Tschernobyl hat die Gesellschaft bezahlt. Ein Super-GAU verursacht Schäden von bis zu 430 Milliarden Euro; das entspricht etwa dem gesamten deutschen Bundeshaushalt.

Sichere Reaktoren für viel Geld

Atomkraft-Befürworter verweisen auf neue technologische Entwicklungen wie Reaktoren der Generation 4. Doch das sind alte Konzepte, sagt Kernkraft-Experte Heinz Smital von Greenpeace, mit denen man schlechte Erfahrungen gemacht habe, wie mit dem Schnellen Brüter in Kalkar und dem Superphénix in Frankreich: "Diese gescheiterten Reaktor-Typen werden heute als Generation 4 verkauft."

Frankreichs Rechnungshof kritisiert Macrons Atomkraft-Pläne

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat sich jüngst erneut pro Atomkraft ausgesprochen. Das Land

will rund eine Milliarde Euro in neue Reaktoren investieren wie etwa modulare Minireaktoren. Die Kosten für einen Minireaktor liegen bei mindestens einer Milliarde, die Leistung von 300 Megawatt ist jedoch nicht mit einem konventionellen Atomkraftwerk (1.000 bis 1.600 Megawatt) vergleichbar. Nicht nur deswegen kritisiert der französische Rechnungshof die Pläne von der Regierung. Laut den Berechnungen des Rechnungshofes müsste die Betreiberfirma EDF bis 2030 etwa 100 Milliarden Euro ausgeben, um die Laufzeit der bestehenden Meiler um zehn Jahre zu verlängern. Das sind Kosten in Höhe des dreifachen Börsenwerts des Unternehmens.

Erneuerbare Energien deutlich günstiger

Der Neubau eines konventionellen Atomkraftwerks liegt laut Ben Wealer bei 130 bis 200 Euro pro MWh. Der Neubau Photovoltaik hingegen bei etwa 29 bis 42 Euro/MWh und von Windkraft zwischen 26 bis 54 Euro/MWh. Wir haben eine kostengünstige Alternative, meint Claudia Kemfert, ohne Müll, der Jahrhunderte strahlt.

Vom Vorzeige-AKW zum Geldvernichter

Die großen AKW-Bauer wie Westinghouse in den USA und Framatome beziehungsweise Areva in Frankreich sind pleite. Der Bau des EPR-Reaktors in Flamanville wandelte sich vom Vorzeigeprojekt zum Alptraum Frankreichs. Bei der Planung Anfang der 2000er wurden die Kosten des Reaktors auf 3,3 Milliarden Euro geschätzt. Die Inbetriebnahme war für 2012 geplant. Nach unzähligen Schwierigkeiten und ständigen Verzögerungen heißt es jetzt, dass das Werk 2023 ans Netz gehen wird.

Machtkomponente Atomkraft

Bis dahin könnten sich die Kosten laut einem Bericht des französischen Rechnungshofes auf 19,1 Milliarden erhöhen. Nur wenige Staaten weltweit bauen deswe-

gen neue Atomkraftwerke, erklärt Energieökonomin Claudia Kemfert vom DIW. Es gehe dabei nicht um die Energieversorgung der Bevölkerung, sondern um die Sicherung der Macht: "Atomenergie birgt auch die

Gefahr der militärischen Waffen, was man nicht verschweigen darf, und sie hat eher eine Machtkomponente, die die Erneuerbaren Energien nicht haben."

Wohl kein tschechisches Atommüll-Endlager vor 2065

Am Mittwoch will die EU ihre umstrittene Taxonomie-Regelung veröffentlichen. Dass darin Atomkraft als nachhaltig eingestuft werden könnte, hat im Vorfeld für hitzige Diskussionen gesorgt. Der EU schwebt vor, das grüne Label für die Kernkraft an einen konkreten Plan für ein 2050 betriebsbereites Endlager zu knüpfen. Österreichs Nachbarland Tschechien scheint aber selbst nicht daran zu glauben, dass es diese Hürde nehmen kann. Frühester Termin dürfte 2065 sein. Die Taxonomie soll Investoren und Banken einen Leitfaden in die Hand geben, welche Technik als nachhaltig einzustufen ist. Österreich und Deutschland lehnen das bei der Atomkraft ab, Frankreich drängt aber darauf. Auch die neue tschechische Regierung von Premier Petr Fiala will die Atomkraft weiter forcieren. Weniger Tempo legt das Land aber bei der Frage der Entsorgung an den Tag: Die im delegierten Rechtsakt enthaltene Vorgabe, die Endlagerung bis 2050 sicherzustellen, kritisiert man heftig. Umweltministerin Anna Hubackova bezeichnete sie erst kürzlich gegenüber der tschechischen Agentur CTK als "Fiktion" - und ein Blick auf die kursierenden Zeitpläne zeigt, warum: 2023 will Tschechien erst mit geologischen Untersuchungen beginnen, bis 2025 - ev. auch erst bis 2030 - soll der genaue Standort ausgewählt werden. Als Baubeginn ist 2050 angedacht, an eine Inbetriebnahme ist erst 2065 zu denken.

Widerstand gibt es in Tschechien seit langem, die Plattform gegen das Atommüll-Endlager vereint 35 Gemeinden und 16 Vereine. Andererseits unterstützen laut einer Umfrage der Agentur IBRS vom Dezember 2021 auch zwei Drittel der Bevölkerung die Atomkraft. Die Mehrheit sieht darin eine saubere und emissionsfreie Energiequelle. Die Frage der Lagerung des Atommülls hielt ein Drittel der Befragten für "wichtig".

In Österreich besteht hingegen parteiübergreifende Einigkeit, dass es zu keinem weiteren Atomkraft-Ausbau in Tschechien kommen soll, die Politik wendet sich auch gegen grenznahe Atommülllager. Gabriele Schweiger von der Plattform atomstopp_oberoesterreich, die sich seit Jahren aktiv gegen die Atomkraft und deren Ausbau in Tschechien engagiert, will allerdings nicht die Grenznahe als zentrale Entscheidungs-

größe sehen: "Es kommt auf die Geologie an", betont sie.

Atomgegner diesseits und jenseits der Grenze werfen Tschechien aber seit langem vor, es suche statt nach geologisch geeigneten Orten nach solchen, wo wenig Widerstand zu erwarten sei - z.B. weil die Menschen ohnehin bereits mit Atomkraft oder Radioaktivität leben. In Kravi Hora etwa gibt es in der Nähe alte Uranminen, Janoch und Na Skalim liegen nahe an bestehenden Atommeilern.

Zehn Gemeinden rund um den in der engeren Auswahl befindlichen Standortkandidaten Horka kritisieren in einem Brief an die Regionalvertretung Vysočina u.a., dass weltweit nirgends ein Tiefenlager in einem so dicht besiedelten Gebiet geplant werde. Rund 42.000 Menschen würden im Umkreis von nur zehn Kilometern um Horka leben. Zudem sei nicht nachgewiesen, dass das Lager für Hunderttausende Jahre sicher sei, "es handelt sich vielmehr um ein Experiment".

Wie die Atomgegner von Horka und andere Gruppen kritisiert auch Renate Brandner-Weiß, die sich im Rahmen des Waldviertler EnergieStammtischs mit dem Thema Endlager befasst, dass das versprochene tschechische Gesetz zur Einbindung der Gemeinden bis heute nicht beschlossen sei und die Betroffenen immer noch keine Parteienstellung hätten. Sie moniert auch, dass die Verengung von neun auf vier Standortkandidaten nicht transparent abgelaufen und nur schwer argumentierbar sei, da es ja kaum (geologische) Untersuchungen gebe.

Im Auftrag von Ober- und Niederösterreich hat das deutsche Ökologieinstitut bereits 2017 eine Studie erstellt. Darin ist die Rede davon, dass Tschechien für sein Endlager im kristallinen Wirtsgestein zwar skandinavische Projekte als Vorbild nenne, statt der dort vorgesehenen Kupfercontainer aber eine auf Stahl basierende Behältertechnologie aus der Schweiz übernehmen wolle, die für die Einlagerung in Tongestein gedacht ist. Was das für die Langzeitsicherheit bedeute, sei unklar. Zudem arbeite Tschechien zu viel mit "oberflächennahen Erkenntnissen, generischen Annahmen

und standortfremden Analogieschlüssen“ und zu wenig mit unmittelbaren Erkundungen, heißt es darin sinngemäß.

Genau auf diese Punkte könnte die österreichische Position in einer grenzüberschreitenden strategischen Umweltprüfung, in die man sich laut dem oberösterreichischen Umweltlandesrat Stefan Kaineder (Grüne) einbringen will, abzielen. Er kritisiert, dass Tschechien die aktuelle Diskussion um die EU-Taxonomie nutze, um den Atomkraft-Ausbau zu forcieren. Die Endlagersuche führe vor Augen, dass es sich bei der Atomkraft wohl kaum um saubere Energie handle. "Seit den 1980ern wird in Tschechien Atomstrom erzeugt und seither gibt es keine Lösung für den anfallenden hochgefährlichen Müll. Solange der Atomkraftausstieg nicht beschlossen ist, werden wir auch der Endlagersuche nicht zustimmen", betont Kaineder. "Jeder Ge-

werbebetrieb muss nachweisen wie die Abfälle konkret behandelt werden, beim hoch radioaktiven Atom- müll, der die nächsten 30.000 Generationen schwer belastet, wird ein Auge zuge- drückt und halbseidene Konzepte für 2050 genügen, um den Stempel 'nach- haltig' zu bekommen", fürchtet er, dass aus dem Green Deal ein "schmutziger Deal" werden könnte.

Auch wenn Österreich einen recht strikten Anti-Atom- Kurs fährt - hierzulande gibt es ebenfalls radioakti- ve Abfälle, wenn auch nur leicht- und mittelbelaste- tes Material aus Medizin und Forschung. Anti-Atom- Aktivistin Schweiger kritisiert, dass Österreich selbst kein Endlager vorweisen könne. Nötig wäre wohl das Volumen "eines größeren Veranstaltungssaales", wie sie sagt. Laut Klimaschutzministerium fällt jährlich rund 300 Tonnen radioaktiver Müll an, der im Zwi- schenlager Seibersdorf gelagert wird.

📰 Die Oberbadische Lörrach Stadt | 01.02.2022 | S. 5

📄 Auflage: 5.452 | Reichweite: 19.415

👤 von

Verstimmung über AKW-Pläne für Fessenheim

Noch wird in Fessenheim am Rückbau des alten Kernkraftwerks gearbeitet. Doch gibt es dort bald ein neues?

Freiburg (rd). Die Debatte um ein neues Atomkraftwerk in Fessenheim im Elsass hält Südbadens Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer (parteilos) nicht für ein realistisches Szenario: Der auf Jahre angelegte Rückbau des alten AKW Fessenheim sei beschlossen und unumkehrbar, sagte Schäfer am Montag. Ihre Behörde sei eng in den Rückbauprozess durch den französischen Stromkonzern EDF eingebunden: Spätes-

tens Ende 2023 werde auch das letzte Brennelement aus Fessenheim abtransportiert sein. Dass der elsässische Regionalpräsident Frédéric Bierry (Les Républicains) Fessenheim als Standort für ein neues AKW im Einklang mit den Atomplänen von Staatspräsident Emmanuel Macron ins Rennen schicken wolle, habe man in Freiburg »trotzdem nicht gebraucht«, meint Schäfer.